



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 31. Januar 2013
(OR. en)**

5901/13

**PESC 114
CODUN 6
CONOP 17**

VERMERK

des Generalsekretariats

für die Delegationen

Nr. Vordok.: 12056/12

Betr.: Halbjährlicher Bericht über den Stand der Umsetzung der EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2012/II)

Die Delegationen erhalten als Anlage den Halbjährlichen Berichts über den Stand der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2012/II) in der vom Rat (Auswärtige Angelegenheiten) auf seiner Tagung vom 31. Januar 2013 gebilligten Fassung.

Halbjährlicher Bericht über den Stand der Umsetzung der EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2012/II)

EINLEITUNG

Gemäß der vom Europäischen Rat im Dezember 2003 verabschiedeten EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Dokument 15708/03) (im Folgenden "MVW-Strategie") ist halbjährlich ein Bericht über den Stand der Umsetzung der Strategie vorzulegen.

Der vorliegende Sachstandsbericht informiert über die Maßnahmen, die im zweiten Halbjahr 2012 zur Umsetzung der Strategie vor dem Hintergrund der vom Rat im Juni 2008 angenommenen "Aktualisierten Prioritätenliste" (Dokument 10747/08) und der im Dezember 2008 vom Rat gebilligten "Neuen Handlungslinien" (Dokument 17172/08) durchgeführt wurden.

Im Einklang mit den Zielen ihrer MVW-Strategie und den Zielen ihrer Sicherheitsstrategie verfolgt die Europäische Union in diesem Bereich weiterhin als Leitgrundsatz und umfassendes Ziel die Förderung der Universalität der internationalen Verträge, Übereinkommen und anderen Instrumente und deren Umsetzung auf nationaler Ebene. Dementsprechend hat die Europäische Union sich auf allen wichtigen Veranstaltungen des zweiten Halbjahres – insbesondere auf der Abrüstungskonferenz, der jährlichen Generalkonferenz der IAEA, der informellen Ministertagung zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT), der Ministertagung zum Übereinkommen über das Verbot chemischer Waffen, der Sitzung des Ersten Ausschusses der Generalversammlung der Vereinten Nationen, der Plenartagung des Trägertechnologie-Kontrollregimes (MTCR), der Konferenz der Vertragsstaaten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und den Sitzungen ihres Exekutivrats, dem Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und von Toxinwaffen (BWÜ) und dem Treffen im Rahmen des zugehörigen intersessionalen Prozesses, sowie in einer Reihe weiterer internationaler Foren – für diese Ziele eingesetzt.

Die nachstehend aufgeführten Resolutionen wurden von Mitgliedstaaten der EU im Ersten Ausschuss der VN-Generalversammlung eingebracht, einige davon in Zusammenarbeit mit Drittstaaten mit Unterstützung aller EU-Mitgliedstaaten:

- "Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen" (Republik Korea + alle EU-Mitgliedstaaten)

- "Verhinderung des Erwerbs radioaktiver Stoffe und Strahlenquellen durch Terroristen" (DE, FR + alle anderen EU-Mitgliedstaaten);
- "Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen" (HU);
- "Durchführung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen" (PL);
- "Durchführung des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung" (SI);
- "Vertrag über den Waffenhandel" (FI, UK); "Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können" (SE);
- "Unterstützung von Staaten zur Eindämmung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und zur Einsammlung dieser Waffen" (Mali + alle EU-Mitgliedstaaten);
- "Transparenz auf dem Gebiet der Rüstung" (NL), "Informationen über vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Gebiet der konventionellen Waffen" (Argentinien + alle EU-Mitgliedstaaten);
- "Festigung des Friedens durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen" (DE);
- "Festigung von Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion" (Algerien + alle EU-Mitgliedstaaten) und
- "Bericht der Abrüstungskonferenz" (DE).

Dabei hat die EU weiterhin darauf hingewirkt, sämtliche verfügbaren Instrumente und Finanzmittel (GASP-Haushalt, Stabilitätsinstrument sowie sonstige Instrumente) auf wirksame und komplementäre Weise einzusetzen, um den Maßnahmen der EU zur Unterstützung von internationalen Organisationen und Drittländern größtmögliche Wirkung zu verleihen.

Die EU hat ihre enge Zusammenarbeit mit Partnern und anderen Drittländern fortgeführt und, was die Notwendigkeit einer Stärkung des internationalen Nichtverbreitungssystems betrifft, auf eine weltweite Annäherung der Standpunkte hingewirkt. Ferner war die EU weiterhin bestrebt, in ihren bilateralen Beziehungen mit allen wichtigen Ländern – insbesondere bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs und bei eher informellen Kontakten – Nichtverbreitungsfragen zur Sprache zu bringen.

1. NUKLEARFRAGEN

Die Gruppe "Nichtverbreitung" hat die jährliche Generalkonferenz und die Tagungen des Gouverneursrats der IAEA im September und im November 2012 sowie die informelle Ministertagung zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen und die Plenartagung des Trägertechnologie-Kontrollregimes im Oktober 2012 aktiv vorbereitet; ebenso aktiv hat sie auch die Treffen der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer und des Zangger-Ausschusses sowie die Tagung der Australischen Gruppe auf Expertenebene vorbereitet. Sie hat begonnen, die Vorbereitung der Gipfelkonferenz über nukleare Sicherung 2014 in Den Haag sowie die Standpunkte und Beiträge der EU zur 2013 stattfindenden zweiten Tagung des Vorbereitungsausschusses für die NVV-Überprüfungskonferenz sowie zu anderen wichtigen Tagung und Konferenzen im Nuklearbereich zu erörtern. Sie hat die Durchführung der "Neuen Handlungslinien der EU im Bereich der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme" fortgesetzt und über verschiedene in diesem Bereich geplante Maßnahmen, unter anderem auf dem Gebiet der konsularischen Sorgfaltspflicht ("consular vigilance") und der Wachsamkeit auf dem Gebiet der Wissenschaften ("scientific vigilance"), beraten (am 28. November 2012 fand eine Sitzung der Gruppe "Nichtverbreitung" unter der Mitwirkung von Visa-Experten statt).

1.1 Maßnahmen im Anschluss an die Konferenz von 2010 zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV)

Auf der Grundlage des Beschlusses 2012/212/GASP des Rates und aufbauend auf ihrem Beitrag zur ersten Tagung des Vorbereitungsausschusses der NVV-Überprüfungskonferenz, die in der ersten Jahreshälfte 2012 stattfand, hat die EU mit der Vorbereitungsarbeit für die zweite Tagung des Vorbereitungsausschusses, die vom 22. April bis 3. Mai 2013 in Genf stattfinden soll, begonnen. Botschafter Cornel Feruta, politischer Direktor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Rumäniens, wurde zum Vorsitzenden der zweiten Tagung des Vorbereitungsausschusses der NVV-Überprüfungskonferenz ernannt. Die EU hat in Umsetzung des Beschlusses 2012/422/GASP des Rates vom 23. Juli 2012 sowie als weiteren Beitrag zur Umsetzung des Beschlusses 2010/799/GASP des Rates vom 13. Dezember 2010 gemeinsam mit dem EU-Konsortium für Nichtverbreitung ein zweites Seminar zur Förderung der Vertrauensbildung und zur Unterstützung eines Prozesses mit dem Ziel der Schaffung einer von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen freien Zone im Nahen Osten veranstaltet (am 5. und 6. November 2012 in Brüssel).

1.2 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die Europäische Union hat ihre Unterstützung der IAEA in Wien ausgeweitet. Mit über 31 Mio. EUR, die seit 2004 bereitgestellt wurden, ist die EU nach wie vor einer der wichtigsten Geber des IAEA-Fonds für nukleare Sicherung.

Auf dem Gebiet der nuklearen Sicherung hat die Europäische Union außerdem mit ihrer technischen Expertise zu den von der IAEA veranstalteten Schulungsmaßnahmen und Seminaren beigetragen, die an Drittländer gerichtet waren und darauf abzielten, die Fähigkeiten dieser Länder zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kernmaterial und sonstigen radioaktiven Stoffen zu verbessern. Die EU und die IAEA haben unter anderem durch die Arbeitsgruppe für Fragen der Grenzüberwachung ihre Unterstützung von Drittländern in diesem Bereich aufeinander abgestimmt. Die EU hat mit der IAEA eine Vereinbarung erzielt, wonach jährlich Treffen hoher Beamter veranstaltet werden, die dazu dienen sollen, die Zusammenarbeit in anderen Tätigkeitsfeldern der IAEA zu vertiefen, die öffentliche Wahrnehmung der Beiträge der EU zu verbessern und insbesondere im Bereich der nuklearen Sicherung weiterhin die Maßnahmen zu koordinieren, um bei den von den CBRN-Kompetenzzentren der EU und den von der IAEA durchgeführten Maßnahmen für Komplementarität zu sorgen und Überschneidungen zu vermeiden und aus der Komplementarität ihrer Maßnahmen Nutzen zu ziehen (die EU und die IAEA haben hierfür praktische Vorkehrungen vereinbart, die als Leitlinien für ihre Zusammenarbeit dienen sollen). Das erste Treffen hoher Beamter der EU und der IAEA soll Anfang 2013 stattfinden; daran teilnehmen werden hochrangige Vertreter des EAD, der Europäischen Kommission/Euratom sowie der IAEA.

Die EU hat sich im Jahr 2008 im Wege von Schlussfolgerungen des Rates verpflichtet, aus dem GASP-Haushalt und dem Stabilitätsinstrument (IfS) bis zu 25 Mio. EUR zu der Bank für niedrig angereichertes Uran (LEU) unter der Ägide der IAEA beizutragen. Die EU hat mit 20 Mio. EUR aus dem Stabilitätsinstrument zur Unterstützung der LEU-Bank der IAEA beigetragen (die ersten 10 Mio. EUR wurden am 8. Dezember 2011 an die IAEA ausgezahlt, die zweite Zahlung in Höhe von 10 Mio. EUR erfolgte am 26. April 2012). Auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses, der Anfang 2013 vom Rat angenommen werden soll, soll ein weiterer Beitrag aus dem GASP-Haushalt geleistet werden, dessen Zahlung jedoch auch von den Fortschritten abhängt, die zwischen der IAEA und dem Sitzland der LEU-Bank, Kasachstan, erzielt werden.

Zudem hat die EU 5 Mio. EUR zur Unterstützung eines internationalen Projekts zugesagt, das die Erweiterung und Modernisierung des Labors in Seibersdorf (Österreich) zum Ziel hat (am 2. Dezember 2011 wurden hierfür 4,75 Mio. EUR aus dem Stabilitätsinstrument an die IAEA gezahlt). Ein weiterer Beitrag in Höhe von 5 Mio. EUR wurde zugesagt (wovon im Dezember 2012 bereits 4,75 Millionen ausgezahlt wurden).

Die EU hat zudem im Rahmen des Programms für gemeinsame Unterstützung der Europäischen Kommission weiterhin in großem Umfang technische Unterstützung für die Arbeit der IAEA auf dem Gebiet der nuklearen Sicherungsmaßnahmen geleistet.

Die EU hat die verschiedenen ihr zur Verfügung stehenden Instrumente dazu genutzt, in Drittländern eine sichere Umsetzung der friedlichen Nutzung der Kerntechnik zu ermöglichen, und dabei unter anderem auch auf die Hilfe der IAEA zurückgegriffen, mit der sie im übrigen gemeinsam an weiteren Projekten arbeitet.

In Zusammenarbeit mit der IAEA hat die Europäische Kommission auf Expertenebene eine Evaluierung der IAEA-Datenbank über den illegalen Handel (ITDB) eingeleitet, um zu ermitteln, inwie weit die Datenbank den Bedürfnissen der Anwender gerecht wird. Das Ergebnis dieses von der Kommission finanzierten Projekts wird 2013 vorliegen.

1.3 Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)

Gestützt auf die einschlägigen Beschlüsse des Rates zur Unterstützung der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) hat die Europäische Union sich aktiv für ein rasches Inkrafttreten des CTBT eingesetzt und in diesem Sinne Outreach-Maßnahmen durchgeführt, die sich an alle Staaten richteten, die das CTBT noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, einschließlich der verbleibenden Anhang II-Staaten, die den Vertrag noch ratifizieren müssen, damit er in Kraft treten kann. Die EU hat auf der informellen Ministertagung zum CTBT, die am 27. September 2012 in New York stattfand, eine Erklärung abgegeben. Auf der Grundlage ihrer aktualisierten internen Leitlinien zur Unterstützung des Inkrafttretens des CTBT wird die EU weiterhin in unterschiedlichem Kontext, so unter anderem bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs, für die Belange des CTBT eintreten, um weitere Impulse für die Ratifizierung des Vertrags zu geben.

Die EU hat erhebliche Anstrengungen zur Umsetzung des Beschlusses 2010/461/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 unternommen. Sie hat – ergänzend zum Ratsbeschluss 2010/461/GASP – einen neuen Beschluss des Rates (Beschluss 2012/699/GASP vom 13. November 2012) angenommen und wird auf dieser Grundlage die Arbeit des Provisorischen Technischen Sekretariats der CTBTO (mit fast 5,2 Mio. EUR) weiter unterstützen. Der Austausch der mit der CTBTO im Hinblick auf den neuen Beschluss des Rates vereinbarten einschlägigen Finanzunterlagen erfolgte in offiziellem Rahmen am 10. Dezember 2012 in Wien. Eine erste Rate in Höhe von 4 Mio. EUR wurde bereits im Dezember 2012 an die CTBTO gezahlt.

1.4 Regionale Fragen (Iran, Demokratische Volksrepublik Korea)

Die EU hat sich weiterhin umfassend für die laufenden Bemühungen eingesetzt, die darauf abzielen, auf der Grundlage des Nichtverbreitungsvertrags und der uneingeschränkten Umsetzung aller einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats und des IAEA-Gouverneursrats auf dem Verhandlungsweg zu einer diplomatischen Lösung in der iranischen Nuklearfrage zu gelangen. Die EU hat Iran dringend aufgefordert, konkrete praktische Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Charakter des iranischen Nuklearprogramms herzustellen, und alle seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, um die diesbezüglichen ernsten Sorgen der internationalen Gemeinschaft auszuräumen.

Zur Klärung wichtiger offener Fragen, einschließlich der Fragen nach einer möglichen militärischen Dimension seiner Programme, muss Iran uneingeschränkt mit der IAEA zusammenarbeiten. Bei mehreren 2012 veranstalteten Treffen hat sich die Hohe Vertreterin der EU – gemeinsam mit den E3+3 – weiterhin darum bemüht, mit Iran inhaltliche Gespräche über die Vorschläge zu ersten vertrauensbildenden Maßnahmen in Bezug auf das wichtigste Anliegen, nämlich die Urananreichung auf bis zu 20%, aufzunehmen (gemäß den Resolutionen der VN-Sicherheitsrats und des IAEA-Gouverneursrats darf Iran keine Anreicherungs- oder Wiederaufbereitungsaktivitäten durchführen). Bislang hat Iran keinerlei Bereitschaft erkennen lassen, ernstlich auf die vordringlichsten Bedenken in Bezug auf sein Nuklearprogramm einzugehen. Zudem besteht weiterhin ernste Besorgnis angesichts der Tatsache, dass aufgrund der mangelnden Kooperationsbereitschaft Irans keinerlei Fortschritte bei den von der IAEA unternommenen Bemühungen um Lösung der noch offenen Fragen, zu denen unter anderem die Frage einer möglichen militärischen Dimension des iranischen Nuklearprogramms gehört, erzielt wurden und keine Einigung über ein "Strukturpapier", mit dem das weitere Vorgehen zur Klärung der noch offenen Fragen festgelegt werden sollte, erreicht wurde. Iran widersetzt sich somit weiterhin den Forderungen, die in der am 13. September 2012 mit überwältigender Mehrheit angenommenen Resolution des Gouverneursrats der IAEA enthalten sind.

Die EU hat die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) weiter eindringlich aufgefordert, ihren sich aus den Resolutionen 1695, 1718 und 1874 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ergebenden Verpflichtungen nachzukommen und alle ihre bestehenden Nuklearprogramme und Programme für ballistische Raketen vollständig, überprüfbar und auf unumkehrbare Weise einzustellen. Die EU hat den von der DVRK am 12. Dezember 2012 durchgeführten Raketenstart scharf verurteilt, den sie als einen neuerlichen Schritt im Rahmen des langfristig angelegten Versuchs Pjöngjangs sieht, seine Trägerraketen-Technologie weiterzuentwickeln und zu vervollkommen, und der somit einen eindeutigen Verstoß gegen die internationalen Verpflichtungen der DVRK, die sich für diese insbesondere aus den Resolutionen des VN-Sicherheitsrats ergeben, darstellt. Die EU hat die DVRK weiter dazu aufgefordert, den Nichtverbreitungsvertrag und die Verpflichtungen im Rahmen der IAEA-Sicherungsmaßnahmen wieder uneingeschränkt einzuhalten und der IAEA den geforderten Zugang zu Personen, Dokumenten, Ausrüstungen und Einrichtungen zu gewähren. Die EU hat sich kontinuierlich für eine Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche eingesetzt, wozu unter anderem auch gehörte, die DVRK zur Rückkehr zu Verhandlungen in diesem Format aufzufordern. Die Umsetzung der Resolutionen 1718 und 1874 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen durch die EU wurde weiter vorangetrieben. Die EU hat sich weiter damit befasst, die Umsetzung ihrer autonomen restriktiven Maßnahmen zu verbessern. Sie hat den Appell an die DVRK erneuert, mit dem sie die DVRK eindringlich aufforderte, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) zu ratifizieren und von weiteren provozierenden Maßnahmen, insbesondere in Form weiterer Nuklearversuche, abzusehen.

2. GENFER ABRÜSTUNGSKONFERENZ (CD)/VERTRAG ÜBER EIN VERBOT DER PRODUKTION VON SPALTBAREM MATERIAL FÜR WAFFENZWECKE (FMCT)

Die Europäische Union hat sich nachdrücklich für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke (FMCT) stark gemacht. Zudem hat sie in allen ihren Beiträgen (einschließlich derer im Rahmen des Ersten Ausschusses der VN-Generalversammlung) ihre Bereitschaft signalisiert, sich in allen sonstigen auf der Tagesordnung der Abrüstungskonferenz stehenden Fragen zu engagieren, insbesondere in der Frage der nuklearen Abrüstung, der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum und der negativen Sicherheitsgarantien. Ferner hat die EU die Anstrengungen intensiviert, mit denen sie konstruktiv auf eine Ausweitung der Abrüstungskonferenz hinarbeitet. Die EU wird im Jahr 2013 weiterhin alle Gelegenheiten nutzen, um die internationale Diskussion über die rasche Aufnahme von Verhandlungen über einen FMCT voranzubringen und intern die entsprechenden Vorbereitungen treffen; zudem wird sie an wichtigen Veranstaltungen (unter anderem an jenen im Rahmen der Initiative für Nichtverbreitung und Abrüstung (NPDI)) und Foren (wie beispielsweise der durch die Resolution A/RES/67/53 der VN-Generalversammlung eingesetzten Gruppe von Regierungssachverständigen) teilnehmen oder zu diesen beitragen. Alle Mitgliedstaaten der EU haben die (von Kanada als Entwurf eingereichte) Resolution A/RES/67/53 der VN-Generalversammlung zu einem Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper mitgetragen.

3. CHEMISCHE WAFFEN

Der Rat hat am 23. März 2012 einen neuen Beschluss zur Unterstützung von Maßnahmen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) angenommen (Beschluss 2012/166/GASP des Rates). Die Umsetzung dieses neuen Ratsbeschlusses begann mit einem am 8. und 9. November 2012 in Tarnow (Polen) veranstalteten Seminar zum Thema Sicherheits- und Schutzvorkehrungen im Bereich der Chemie. Die am Sitz der OVCW in Den Haag tätigen Delegationen befassten sich angesichts des Auslaufens der verlängerten Frist für die Vernichtung aller noch vorhandenen Bestände an chemischen Waffen (29. April 2012), mit einem Standpunkt der EU zur künftigen Rolle der Organisation. Vier Prioritäten wurden festgelegt: i) Die Vernichtung der bestehenden Bestände muss zum Abschluss gebracht werden; ii) die Universalität des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) muss gefördert werden (acht Staaten sind noch nicht beigetreten); iii) der Schwerpunkt muss auf Nichtverbreitungsaktivitäten verlagert werden, iv) im Einklang mit Artikel XI muss der Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf Sicherheits- und Schutzvorkehrungen in der chemischen Industrie in Entwicklungsländern gefördert werden, und gemäß Artikel X müssen Maßnahmen gegen den Einsatz chemischer Waffen gefördert werden. Von größter Bedeutung ist, dass der Rat am 19. November 2012 einen gemeinsamen Standpunkt der EU in Bezug auf die im April 2013 geplante dritte Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (CWÜ) angenommen hat (Beschluss 2012/712/GASP des Rates).

Die EU hat zudem die Lage in Libyen aufmerksam verfolgt, wo die OVCW für die Sicherung der Bestände an chemischen Waffen aus dem früheren CW-Programm Libyens sorgen sollte, und damit begonnen, Überlegungen zu Maßnahmen in Syrien anzustellen, die zu ergreifen wären, sobald dies möglich sein wird.

4. BIOLOGISCHE WAFFEN

Im Anschluss an die Siebte Überprüfungskonferenz des B-Waffen-Übereinkommens (BWÜ), die im Dezember 2011 in Genf stattfand, hat die EU konstruktiv bei dem intersessionalen Prozess mitgewirkt, indem sie zu folgenden Themen Erklärungen abgab und Arbeitsunterlagen vorlegte:

- 1) internationale Zusammenarbeit und Hilfe; 2) Förderung der Umsetzung auf nationaler Ebene;
- 3) Aufbau von Kapazitäten im Bereich der biologischen Sicherheit.

Der Rat hat am 23. Juli 2012 einen neuen Beschluss zur Unterstützung des Übereinkommens über das Verbot von biologischen Waffen und von Toxinwaffen (Beschluss 2012/421/GASP des Rates) angenommen, mit dessen Umsetzung binnen Kurzem begonnen werden soll. In Zusammenarbeit mit der Gruppe für die Unterstützung der Durchführung (Implementation Support Unit) des BWÜ hat die EU mit Erfolg eine Veranstaltung am Rande der Tagung der Vertragsstaaten, die vom 10. bis 14. Dezember 2012 in Genf stattfand, durchführen können. Außerdem wurde auf Arbeitsgruppenebene ein Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Unterstützung der Maßnahmen der Weltgesundheitsorganisation auf dem Gebiet der biologischen Sicherheit in Laboratorien gebilligt; dieser Beschluss wird voraussichtlich Anfang 2013 vom Rat angenommen.

5. TRÄGERSYSTEME

Die EU hat den Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen (HCoC) von Anfang an nachdrücklich unterstützt und betrachtet den Kodex als ein wichtiges multilaterales Instrument zur Eindämmung der Verbreitung ballistischer Raketensysteme und verwandter Technologien durch Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen. Alle Mitgliedstaaten der EU haben den Kodex unterzeichnet. Die EU hat weiterhin die folgenden drei Aspekte des Kodex verfolgt und unterstützt: die weltweite Anwendung, die Umsetzung und die Verbesserung des Kodex und seiner Funktionsweise.

Da die andauernde Verbreitung von ballistischen Flugkörpern, die Massenvernichtungswaffen zum Einsatz bringen können, der internationalen Gemeinschaft Anlass zu wachsender Sorge gibt – dies gilt insbesondere für die laufenden Trägerraketen-Programme im Nahen und Mittleren Osten, in Nordostasien und in Südasien, darunter auch in Iran und in der DVRK – hat der Rat am 23. Juli 2012 einen neuen Beschluss erlassen, mit dem nicht allein der HCoC, sondern generell die Nichtverbreitung von Trägerraketen unterstützt wird (Beschluss 2012/423/GASP des Rates). Auf der Grundlage dieses Beschlusses hat die EU in New York am Rande der Sitzung des ersten Ausschusses der VN-Generalversammlung am 17. Oktober 2012 eine Outreach-Veranstaltung für die Unterzeichner- und Nichtunterzeichnerstaaten des Kodex durchgeführt und beabsichtigt, Anfang 2013 eine Gedenkkonferenz in Wien zu veranstalten, auf der der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung des HCoC begangen werden soll. Die Außenminister einiger Mitgliedstaaten der EU unterstützten die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung durch den vorherigen und den gegenwärtigen Vorsitz des HCoC; diese Erklärung wurde dem Generalsekretär der Vereinten Nationen im Oktober 2012 anlässlich des zehnten Jahrestages des Bestehens des Kodex übermittelt.

Auf diplomatischer Ebene haben die EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Outreach-Kampagne zur Unterstützung der von der Republik Korea auf der Sitzung des ersten Ausschusses der VN-Generalversammlung 2012 vorgelegten Resolution "Der Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen" durchgeführt; diese Resolution wurde von allen Mitgliedstaaten der EU mitgetragen und mit 151 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 21 Enthaltungen angenommen. Die Resolution wurde von mehr als 80 Delegationen mitgetragen.

Deutschland war Gastgeber der Plenartagung des Trägertechnologie-Kontrollregimes; auf dieser Tagung, die vom 21. bis 26. Oktober in Berlin stattfand, wurde der 25. Jahrestag des Bestehens des MTCR begangen.

6. EINDÄMMUNG DER CBRN-RISIKEN

Vor dem Hintergrund der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2010 (Dok. A7-0349/2010 / P7_TA(2010)0467) hat die EU die Durchführung des CBRN-Aktionsplans der EU (zur Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Risiken), der 2009 angenommen wurde, verbessert und sich dabei auf die einschlägigen Hilfsprogramme im Rahmen der Finanzinstrumente der EU (insbesondere des Stabilitätsinstruments und des Programms für Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung (ISEC)) gestützt. In diesem Zusammenhang hat die EU mit dem Aufbau eines Europäischen Ausbildungszentrums für nukleare Sicherung bei der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission begonnen; für dieses Vorhaben wurden vorerst 2,4 Mio. EUR bereitgestellt.

Darüber hinaus hat die Kommission im Rahmen des Projekts ITRAP+10 damit begonnen, Technologien zur Detektion von radioaktiven Stoffen zu bewerten und zu verbessern; ferner führt sie derzeit eine Analyse der bestehenden Instrumente zur Entwicklung von Modellen zur Freisetzung und Ausbreitung von Radioaktivität durch und prüft die Entwicklung eines auf virtueller Realität basierenden Schulungstools für Ersthelfer im Bereich der Abwehr radiologischer Gefahren. Außerdem plant die Kommission, ihre Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Laboranalyse von radioaktiven Stoffen auszuweiten. Außerdem werden derzeit Studien durchgeführt, mittels derer der Stand bei der Umsetzung des IAEA-Verhaltenskodex für die Sicherheit und die Sicherung radioaktiver Strahlenquellen und der Sachstand bezüglich radioaktiver Quellen, die sich in den EU-Mitgliedstaaten außerhalb behördlicher Kontrolle befinden, ermittelt werden soll.

Zur Koordinierung der Durchführung des CBRN-Aktionsplans der EU arbeitet die Kommission im Rahmen der Beratungsgruppe für CBRN-Fragen und Fragen der Sicherung von Explosivstoffen sowie im Wege von Expertengruppen wie den Untergruppen für C-, B- und RN-Stoffe mit den Mitgliedstaaten zusammen.

Die Initiative zur Einrichtung von "CBRN-Kompetenzzentren" wurde im Mai 2010 von der EU eingeleitet. Die CBRN-Kompetenzzentren der EU werden eingerichtet, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass mehrere Länder nicht über ausreichende institutionelle Kapazitäten verfügen, um die CBRN-Risiken einzudämmen. Zu diesen Risiken zählen kriminelle Handlungen (Verbreitung von CBRN-Material oder Terrorismus), Naturkatastrophen (Schweineinfluenza) und unfallbedingte Katastrophen (Bhopal oder Fukushima). Ziel der Kompetenzzentren ist die Entwicklung einer alle Risiken berücksichtigenden CBRN-Strategie auf nationaler und regionaler Ebene, die es erlaubt, alle drohenden Gefahren zu antizipieren und darauf zu reagieren. Kurz gesagt handelt es sich hierbei um strukturelle Maßnahmen, die zum Ziel haben, die Länder weniger anfällig für CBRN-Ereignisse zu machen, was im beiderseitigen Sicherheitsinteresse sowohl der Regionen als auch der EU ist.

Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass die Einrichtung regionaler Experten-Netzwerke gefördert wird, die über Expertise in Rechts- und Durchführungsfragen, in technischen Fragen sowie in Fragen der Überwachung und Kontrolle im Zusammenhang mit der Eindämmung von CBRN-Risiken verfügen.

Sechs regionale Zentren werden derzeit eingerichtet bzw. haben bereits die Arbeit aufgenommen, und zwar 1. in Nordafrika (Algier), 2. an der Atlantikfront Afrikas (Rabat), 3. im Nahen Osten (Amman), 4. in Südosteuropa - Südkaukasus – Republik Moldau – Ukraine – (Tbilissi), 5. in Südostasien (Manila) und 6. in Subsahara-Afrika (Nairobi). In einem nächsten Schritt werden regionale Sekretariate eingerichtet, und zwar in Zentralasien (Taschkent – die Bestätigung hierfür steht noch aus) und in den Golfstaaten (Abu Dhabi). Ergänzend zu den 33 Projekten mit einem Gesamtvolumen von annähernd 26 Mio. EUR, die bereits vergeben wurden, werden derzeit neue Projekte mit einem Volumen von etwa 10 Mio. EUR an verschiedene Konsortien, unter anderem auch aus Mitgliedstaaten, vergeben.

Durch die Kompetenzzentren wird im Verbund mit anderen aus dem GASP-Haushalt finanzierten Projekten (siehe Nr. 7) zur Verwirklichung der Ziele der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats im Hinblick auf die Bekämpfung des illegalen Handels mit und die kriminelle Nutzung von CBRN-Stoffen beigetragen. Die Kompetenzzentren basieren darauf, dass die Umsetzung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats verbindlich vorgeschrieben ist; sie gehen aber einen Schritt weiter, indem sie ein umfassendes Paket zur Eindämmung von CBRN-Risiken jeglichen Ursprungs bieten.

7. REFLEXIONSGRUPPEN

Gestützt auf den Beschluss 2010/430/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 wurden die Tätigkeiten der EU im Rahmen der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen aktiv von dem EU-Konsortium für Nichtverbreitung unterstützt, das seine Arbeit im Januar 2011 aufgenommen hat. Im Anschluss an die erste beratende Sitzung (Auftakttreffen) des Europäischen Netzes unabhängiger Reflexionsgruppen für Nichtverbreitungsfragen vom 23./24. Mai 2011 und zwei Seminare des EU-Konsortiums für Nichtverbreitung zur Unterstützung der Einrichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten (6./7. Juli 2011 sowie 5./6. November 2012) wurde am 3./4. Februar 2012 erfolgreich eine erste Jahrestagung ("EU-Nichtverbreitungs- und Abrüstungskonferenz") abgehalten, an der etwa 200 Teilnehmer aus der EU und aus Drittländern teilnahmen; die nächste Konferenz ist für 2013 geplant. In der Zwischenzeit hat das Konsortium in Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich arbeitenden europäischen Reflexionsgruppen seine Forschungsarbeit intensiviert und Arbeitsdokumente zur Umsetzung der MVW-Strategie veröffentlicht; diese Dokumente sind auf der Website des Konsortiums <<http://www.nonproliferation.eu/>> abrufbar. Es werden noch weitere Beiträge zu dem breiter angelegten Thema Nichtverbreitung und Abrüstung veröffentlicht.

8. RESOLUTION 1540 DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN UND AUSFUHRKONTROLLEN

a) Resolution 1540 der Sicherheitsräte der Vereinten Nationen

Die EU brachte ihr langjähriges Engagement im Hinblick auf die Umsetzung der Resolutionen 1540 und 1977 dadurch zum Ausdruck, dass sie am Rande der 66. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (am 19. Oktober 2011 in New York) eine gemeinsame Erklärung mit den Vereinigten Staaten unterzeichnete.

In diesem Sinne hat die EU Drittländer in stärkerem Maße dabei unterstützt, ihren im Rahmen der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats bestehenden Verpflichtungen nachzukommen und die Kompetenz der Ausfuhrkontrollbeamten zu verbessern; hierzu hat sie gemeinsam mit dem VN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA) und dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1540 eine Reihe regionaler Workshops veranstaltet und bilaterale Besuche durchgeführt. Ein neuer Beschluss des Rates zur Unterstützung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats, der den Schwerpunkt auf die nationalen Anstrengungen zur Umsetzung legt, wurde im Februar 2012 auf Arbeitsgruppenebene gebilligt; die diesbezüglichen Finanzverhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und UNODA laufen noch. Letztere sollte weiterhin gemeinsam mit der EU auf Mittel und Wege sinnen, die Arbeit des Ausschusses des Sicherheitsrats nach Resolution 1540, dessen Mandat durch die im April 2011 verabschiedete Resolution 1977 um zehn Jahre verlängert wurde, reibungslos und unter Vermeidung von Doppelarbeit zu unterstützen.

b) Ausfuhrkontrollen

Die verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der Ausfuhrkontrollen wurden fortgesetzt. Auf politischer Ebene hat die Europäische Kommission eine "Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen" erstellt, in der das Ergebnis der öffentlichen Konsultation, die im Rahmen des Grünbuchs mit dem Titel "Das System der Europäischen Union zur Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck: in einer Welt des Wandels Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten" durchgeführt wurde, zusammengefasst wurde und durch die der Weg zu einer Überprüfung der Ausfuhrkontrollregelung der EU im Jahr 2013 geebnet wurde. Auf der gesetzgeberischen Ebene wurden die Beratungen über die vorgeschlagenen Änderungen an der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck mit dem Ziel fortgesetzt, die Aktualisierungen der Kontrolllisten der EU für Güter mit doppeltem Verwendungszweck zu beschleunigen; das Europäische Parlament hat die erste Lesung des Vorschlags abgeschlossen. Die Durchführung von Ausfuhrkontrollen wurde durch zwei Sitzungen der Koordinierungsgruppe nach Artikel 23 ebenso wie durch eine in Nikosia vorgenommene gegenseitige Begutachtung ("peer visit") vorangebracht, bei denen Experten aus den Mitgliedstaaten zusammenkamen, um spezielle Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung zu erörtern.

Ferner wurde die Zusammenarbeit mit Drittstaaten fortgesetzt, und es wurden Fachtagungen mit Ansprechpartnern aus China und Japan durchgeführt; gleichzeitig wurde im Oktober 2012 ein Dialog zwischen der EU und den USA aufgenommen, um beiden Seiten einen Austausch von Informationen aus erster Hand über ihr jeweiliges System zur Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck sowie über die einschlägigen Regulierungsreformen und Probleme zu ermöglichen.

Die EU koordinierte ihre Standpunkte, um in den relevanten Sitzungen im Rahmen der Ausfuhrkontrollregelungen, die im zweiten Halbjahr 2012 stattfanden, gemeinsame Standpunkte zu vertreten; dabei handelte es sich um folgende Zusammenkünfte: die Sitzung der allgemeinen Arbeitsgruppe im Oktober 2012 und die Plenartagung im Dezember 2012 im Rahmen des Wassenaar-Arrangements, die Plenartagung im Oktober 2012 im Rahmen des Trägertechnologie-Kontrollregimes und die Sitzung der Beratenden Gruppe im November 2012 im Rahmen der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer.

9. WELTRAUM

Die EU setzt sich seit 2007 für die Ausarbeitung eines internationalen Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten ein. Diese auf internationaler Ebene freiwillig zu befolgenden Leitlinien würden die Sicherheit, den Schutz und die Vorhersagbarkeit sämtlicher Weltraumtätigkeiten verbessern. Durch die Leitlinien sollen unter anderem Störungen von Weltraumtätigkeiten, Zusammenstöße oder Unfälle im Weltraum ebenso wie die Entstehung von Weltraummüll begrenzt oder auf ein Minimum verringert werden.

Die EU hat der internationalen Gemeinschaft am 5. Juni 2012 in Wien einen neuen Entwurf vorgelegt, der nun auch Unterstützung bei einer großen Zahl von Staaten außerhalb Europas findet; in diesem Entwurf ist vorgesehen, dass der Internationale Kodex für alle Weltraumtätigkeiten, die von Staaten oder nichtstaatlichen Einrichtungen durchgeführt werden, gilt. Der Kodexentwurf sieht vor, dass die Übernahme des Kodex freiwillig ist und allen Staaten offensteht; er enthält grundlegende Regeln, die von den Raumfahrtnationen sowohl bei zivilen als auch bei militärischen Weltraumtätigkeiten zu befolgen sind.

Im Anschluss an die Tagung vom 5. Juni 2012 in Wien hat die EU beschlossen, die multilateralen Konsultationen im Hinblick auf Feinarbeiten am Kodexentwurf fortzusetzen. In der ersten Jahreshälfte 2013 werden alle Mitglieder der Vereinten Nationen zu einer Tagung eingeladen werden. Diese Tagung soll allen Teilnehmern Gelegenheit bieten, ihre Standpunkte zu dem Text darzulegen und sich darüber auszutauschen, um Erläuterungen zu bitten und gegebenenfalls neue Gedanken vorzustellen.

Ziel der EU bleibt es weiterhin, zu einer Einigung über einen Wortlaut zu gelangen, der für alle beteiligten Staaten akzeptabel ist und somit auf relativ kurze Sicht einen hohen Nutzen bei Schutz und Sicherheit bietet. Am Ende dieses Prozesses soll auf einer diplomatischen Ad-hoc-Konferenz eine endgültige Fassung des internationalen Verhaltenskodex vorgelegt werden, die allen Staaten auf freiwilliger Basis zur Teilnahme offen steht. Der Kodex könnte danach den Vereinten Nationen "übergeben" werden, beispielsweise in Form einer Resolution der VN-Generalversammlung, eine Vorgehensweise, die auch für den Haager Verhaltenskodex gewählt wurde.

10. MVW-KLAUSELN

Im Einklang mit ihrer MVW-Strategie hat die EU ihre Bemühungen fortgesetzt, die Nichtverbreitung von MVW in ihren vertraglichen Beziehungen zu Drittländern durchgängig zu berücksichtigen.

Es wurden weitere Fortschritte bei den Verhandlungen über die Aufnahme von MVW-Klauseln in einschlägige Übereinkünfte zwischen der EU und Drittstaaten erzielt, insbesondere bei den Verhandlungen mit Afghanistan, Australien, Kanada, Kasachstan, Malaysia, Neuseeland und Singapur.

11. WEITERE MULTILATERALE FOREN

- G8

Die EU hat sich im Vorfeld des G8-Gipfels in Camp David und im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der G8-Gipfelerklärung zur Nichtverbreitung in mehreren Sitzungen der für Nichtverbreitungs- und Abrüstungsfragen zuständigen Direktoren der G8 aktiv engagiert und in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen G8-Vorsitz bei der Durchführung mehrerer Demarchen im Zusammenhang mit dem IAEA-Zusatzprotokoll und der Umsetzung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats auf nationaler Ebene Unterstützung geleistet. Anfang 2013 wird die Arbeit unter dem künftigen britischen G8-Vorsitz in dieser Form fortgesetzt.

Die Globale Partnerschaft (GP) hat sich in den neun Jahren seit ihrer Gründung im Jahr 2002 über den G8-Rahmen hinaus zu einer Koordinierungs- und Kooperationsplattform entwickelt, die gegenwärtig 15 zusätzliche Partner umfasst. Auf dem Gipfeltreffen in Deauville im Mai 2011 wurde vereinbart, die biologische Sicherheit, die Umsetzung der Resolution 1540 und nukleare Sicherungsmaßnahmen weiter zu verstärken. Die Vereinigten Staaten, die 2012 den Vorsitz der G8 innehaben, haben dieses Vorhaben vorangebracht, indem sie insbesondere innerhalb der Arbeitsgruppe "Globale Partnerschaft" eine Unterarbeitsgruppe "Biologische Sicherheit" eingerichtet haben.

Die Einbeziehung (anderer) regionaler Organisationen ebenso wie die Verstärkung der regionalen Eigenverantwortung waren wichtige Themen bei den Beratungen. Die EU-Kompetenzzentren konnten innerhalb der G8 und der Globalen Partnerschaft der G8 an Bedeutung gewinnen, da sie von der G8 insbesondere als Instrument genutzt werden können, um den Informationsaustausch auf regionaler Ebene zu fördern und gegebenenfalls Überschneidungen auf Geberseite zu vermeiden.

- Globale Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus (GICNT)

Die EU (vertreten durch das Institut für Transurane der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission) war Mitveranstalter und Gastgeber der Sitzungen der Arbeitsgruppen der GICNT für nukleare Forensik bzw. für Nothilfemaßnahmen und Schadensbegrenzung, die vom 3. bis 5. Oktober 2012 in Arona bzw. Ispra (Italien) stattfanden.

12. POLITISCHER DIALOG

Treffen im Rahmen des politischen Dialogs über Nichtverbreitung und Abrüstung wurden auf Arbeitsgruppenebene mit der Republik Korea (Wien, 18. September 2012) und der Ukraine (Brüssel, 6. November 2012) abgehalten. Im Rahmen der regelmäßigen informellen Konsultationen über Nichtverbreitung und Abrüstung fanden Treffen unter anderem mit Indien (Brüssel, 2. August 2012), Japan, Südafrika und anderen Staaten statt. Eine neue Runde des Dialogs zwischen den 27 EU-Staaten und den Vereinigten Staaten, bei dem alle thematischen Aspekte von Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle behandelt werden, fand am 17. Dezember 2012 in Brüssel statt.

**ANNEX TO THE
SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT
OVERVIEW OF EU COUNCIL JOINT ACTIONS AND COUNCIL DECISIONS
IN THE FRAMEWORK OF THE EU STRATEGY
AGAINST PROLIFERATION OF WEAPONS OF MASS DESTRUCTION (WMD)**

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2012/699/CFSP of 13 November 2012 on support for activities of the Preparatory Commission of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO) in order to strengthen its monitoring and verification capabilities and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.	<p>The Union will support four projects, the objectives of which are the following:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to provide technical assistance and capacity building to State Signatories to enable them to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBT verification system; (b) to develop capacity for future generations of CTBT Experts through the Capacity Development Initiative (CDI); (c) to enhance the Atmospheric Transport Model (ATM); (d) to characterize and mitigate Radio Xenon noble gases; (e) to support the Integrated Field Exercise in 2014 (IFE14) through the development of an integrated multispectral array; (f) to improve the sustainment of certified IMS Auxiliary Seismic Stations. <p><u>Implementing entity</u>: The Preparatory Commission of the CTBTO.</p>	<p>Budget: EUR 5.185.028 Official Journal: L 314 – 14.11.2012 Estimated duration of the action: 24 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
<p>Council Decision 2012/423/CFSP of 23 July 2012 on support of ballistic missile non-proliferation in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction and of the Council Common Position 2003/805/CFSP</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to support activities in support of The Hague Code of Conduct against ballistic missile proliferation, in particular with the aim to: <ul style="list-style-type: none"> - promoting the universality of the Code, and in particular the subscription to the Code by all States with ballistic missile capabilities; - supporting the implementation of the Code; - reinforce the visibility of the Code, in particular on the occasion of the tenth anniversary of its signature; (b) more generally, to support a range of activities to fight against the proliferation of ballistic missiles, aimed notably at raising awareness of this threat, stepping up efforts to increase the effectiveness of multilateral instruments, building up support to initiatives to address these specific challenges and helping interested countries to reinforce nationally their relevant export control regimes. <p>Implementing entity: Fondation pour le Recherche Stratégique.</p>	<p>Budget: EUR 930.000 Official Journal: L 196 – 24.07.2012 Estimated duration of the action: 24 months.</p>
<p>Council Decision 2012/422/CFSP of 23 July 2012 in support of a process leading to the establishment of a zone free of nuclear weapons and all other weapons of mass destruction in the Middle East.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to support the work of the Facilitator for the 2012 Conference on the establishment of a Middle East zone free of nuclear weapons and all other weapons of mass destruction; (b) to enhance the visibility of the Union as a global actor and in the region in the field of non-proliferation; (c) to encourage regional political and security-related dialogue within civil societies and governments, and more particularly among experts, officials and academics; (d) to identify concrete confidence-building measures that could serve as practical steps towards the prospect of a Middle East zone free of WMD and their means of delivery; (e) to encourage discussion on the universalization and implementation of relevant international treaties and other instruments to prevent the proliferation of WMD and their delivery systems; (f) to discuss issues related to peaceful uses of nuclear energy and international and regional cooperation. <p>Implementing entity: EU Non-Proliferation Consortium.</p>	<p>Budget: EUR 352.000 Official Journal: L 196 – 24.07.2012 Estimated duration of the action: 18 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2012/421/CFSP of 23 July 2012 in support of the Biological and Toxin Weapons Convention (BTWC), in the framework of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) promoting the universality of the BTWC, (b) supporting the implementation of the BTWC, including submission of CBMs by the States Parties, (c) supporting the work of the 2012-2015 inter-sessional programme with a view to strengthening the implementation and effectiveness of the BTWC. <p><u>Implementing entity:</u> United Nations Office for Disarmament Affairs (UN ODA).</p>	<p>Budget: EUR 1.700.000 Official Journal: L 196 – 24.07.2012 Estimated duration of the action: 24 months.</p>
Council Decision 2012/281/CFSP of 29 May 2012 in the framework of the European Security Strategy in support of the Union proposal for an international Code of Conduct on outer-space activities.	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) consultations with States, active or not yet active on space issues to discuss the proposal and to gather their views, (b) gathering expert support for the process of developing an international Code of Conduct for outer-space activities. <p><u>Implementing entity:</u> United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR).</p>	<p>Budget: EUR 1.490.000 Official Journal: L 140 – 30.05.2012 Estimated duration of the action: 18 months.</p>
Council Decision 2012/166/CFSP of 23 March 2012 in support of activities of the Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (OPCW) in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to enhance the capacities of States Parties in fulfilling their obligations under the CWC, (b) to enhance the preparedness of States Parties to prevent and respond to attacks involving toxic chemicals, (c) to enhance international cooperation in the field of chemical activities, (d) to support the ability of the OPCW to adapt to developments in the field of science and technology, (e) to promote universality by encouraging States not Parties to join the CWC. <p><u>Implementing entity:</u> The Organization for the Prohibition of Chemical Weapons</p>	<p>Budget: EUR 2.140.000 Official Journal: L 87 – 24.03.2012 Estimated duration of the action: 24 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
<p>Council Decision 2010/799/CFSP of 13 December 2010 in support of a process of confidence-building leading to the establishment of a zone free of weapons of mass destruction and their means of delivery in the Middle East in support of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to encourage regional political and security-related dialogue within civil societies and governments, and more particularly among experts, officials and academics, (b) to identify confidence-building measures that could serve as practical steps towards the prospect of a Middle East zone free of WMD and their means of delivery, (c) to encourage discussion on the universalization and implementation of relevant international treaties and other instruments to prevent the proliferation of WMD and their delivery systems, (d) to discuss issues related to the peaceful uses of nuclear energy and international and regional cooperation in this regard. <p><u>Implementing entity:</u> EU Non-Proliferation Consortium.</p>	<p>Budget: EUR 347 700 Official Journal: L 341/27 – 23.12.2012 Estimated duration of the action: 18 months</p>
<p>Council Decision 2010/585/CFSP of 27 September 2010 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol, (b) assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials, (c) strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials. <p><u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency (IAEA).</p>	<p>Budget: EUR 9.966.000 Official Journal: L 302 – 01.10.2010 Estimated duration of the action: 24 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
<p>Council Decision 2010/430/CFSP of 26 July 2010 establishing a European network of independent non- proliferation think tanks in support of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objective of this network of independent non-proliferation think tanks is to encourage political and security-related dialogue and the long-term discussion of measures to combat the WMD proliferation and their delivery systems within civil societies, and more particularly among experts, researchers and academics. It will constitute a useful stepping stone for non-proliferation action by the Union and the international community. The Union wishes to support this network as follows:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) through organizing a kick-off meeting and an annual conference with a view to submitting a report and/or recommendations to the representative of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy (HR), (b) through creating an Internet platform to facilitate contacts and foster research dialogue among the network of non-proliferation think tanks. <p>Implementing entity: EU Non-Proliferation Consortium.</p>	<p>Budget: EUR 2.182.000 Official Journal: L 205 – 04.08.2010 Estimated duration of the action: 36 months.</p>
<p>Council Decision 2010/461/CFSP of 26 July 2010 on support for activities of the Preparatory Commission of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO) in order to strengthen its monitoring and verification capabilities and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to improve the operation and sustainability of the auxiliary seismic stations network of the CTBT's International Monitoring System; (b) to improve the CTBT verification system through strengthened cooperation with the scientific community, (c) to provide technical assistance to States Signatories in Africa and in the Latin American and Caribbean Region so as to enable them to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBT verification system; (d) to develop an OSI noble gas capable detection system. <p>Implementing entity: The Preparatory Commission of the CTBTO.</p>	<p>Budget: EUR 5.280.000 Official Journal: L219 – 20.08.2010 Estimated duration of the action: 18 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2009/569/CFSP of 27 July 2009 – OPCW.	<p>The objective is to support the universalization of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to enhance the capacities of States Parties in fulfilling their obligations under the Convention, and (b) to promote universality. <p><u>Implementing entity:</u> The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons.</p>	<p>Budget: EUR 2.110.000 Official Journal: L 197 – 29.07.2009 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.</p> <p>Budget: EUR 1.015.000 Official Journal: L 345 – 23.12.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented.</p> <p>Budget: EUR 1.400.000 Official Journal: L 302 – 13.11.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented.</p>
Council Decision 2008/974/CFSP of 18 December 2008 in support of HCoC.	<p>The EU supports three aspects of the Code as follows:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) universality of the Code, (b) implementation of the Code, (c) enhancement and improved functioning of the Code. <p><u>Implementing entity:</u> Fondation pour le Recherche Stratégique.</p>	
Council Joint Action 2008/588/CFSP of 10 November 2008 in support of BTWC.	<p>The overall objective is:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to support the universalization of the BTWC, (b) to enhance the implementation of the BTWC, including the submission of CBM declarations, and (c) to support the best use of the Inter-Sessional Process 2007-2010 for the preparation of the 2011 Review Conference. <p><u>Implementing entity:</u> United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA) – Geneva.</p>	<p>Budget: EUR 2.316.000 Official Journal: L 189 – 17.07.2008 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2008/588/CFSP of 15 July 2008 in support of CTBTO.	<p>The EU supports the development of capacity of the Preparatory Commission of the CTBTO in the area of Verification by:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) noble gas monitoring: radio-xenon measurements and data analysis, (b) integrating States Signatories in Africa to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBTO monitoring and verification system. <p><u>Implementing entity:</u> The CTBTO Preparatory Commission.</p>	

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2008/368/CFSP of 14 May 2008 in support of the implementation of UNSCR 1540.	<p>The projects in support of the implementation of UNSCR 1540 will take the form of six workshops aiming at enhancing the capacity of officials responsible for managing the export control process in six sub regions (Africa, Central America, Mercosur, the Middle East and Gulf Regions, Pacific Islands and South-East Asia), so that they can at a practical level undertake implementation efforts of UNSCR 1540. The proposed workshops will be specifically tailored for border, customs and regulatory officials and will comprise the main elements of an export control process including applicable laws (including national and international legal aspects), regulatory controls (including licensing provisions, end-user verification and awareness-raising programmes) and enforcement (including commodity identification, risk-assessment and detection methods).</p> <p><u>Implementing entity:</u> United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA).</p>	<p>Budget: EUR 475.000 Official Journal: L127 – 15.05.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2008/314/CFSP of 14 April 2008 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification – IAEA IV.	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol, (b) assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials, (c) strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials. <p><u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency (IAEA).</p>	<p>Budget: EUR 7.703.000 Official Journal: L107 – 17.04.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2008/307/CFSP of 14 April 2008 in support of World Health Organization activities in the area of laboratory bio-safety and bio-security.	<p>The overall objective is to support the implementation of the BTWC, in particular those aspects that relate to the safety and security of microbial or other biological agents and toxins in laboratories and other facilities, including during transportation as appropriate, in order to prevent unauthorised access to and removal of such agents and toxins.</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) promotion of bio-risk reduction management through regional and national outreach, (b) strengthening the security and laboratory management practices against biological risks. <p><u>Implementing entity:</u> The World Health Organization.</p>	<p>Budget: EUR 2.105.000 Official Journal: L106 – 16.04.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2007/753/CFSP of 19 November 2007 in support of IAEA monitoring and verification activities in the DPRK.	Objective is to contribute to the implementation of monitoring and verification activities in the DPRK, in accordance with the Initial Actions of 13 February 2007, as agreed in the framework of the six-party-talks. <u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency (IAEA Department of Safeguards)	Budget: EUR 1.780.000 Official Journal: L304 – 22.11.2007 Estimated duration of the action: 18 months.
Council Joint Action 2007/468/CFSP of 28 June 2007 -CTBTO II.	The objective is to support the early entry into force of the Treaty, and need to the rapid buildup of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT) verification regime via: (a) Improvement of the knowledge of Provisional Technical Secretariat noble gas measurements; (b) Support to on-Site Inspection via the support for the Preparations for the Integrated Field Exercise 2008. <u>Implementing entity:</u> The CTBTO Preparatory Commission.	Budget: EUR 1.670.000 Official Journal: L176 – 06.07.2007 Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.
Council Joint Action 2007/185/CFSP of 19 March 2007 – OPCW.	The objective is to support the universalization of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties. (a) promotion of universality of the CWC, (b) support for full implementation of the CWC by States Parties, (c) international cooperation in the field of chemical activities, as accompanying measures to the implementation of the CWC, (d) support for the creation of a collaborative framework among the chemical industry, OPCW and national authorities in the context of the 10th anniversary of the OPCW. <u>Implementing entity:</u> The Organization for the Prohibition of the Chemical Weapons.	Budget: EUR 1.700.000 Official Journal: L85 – 27.03.2007 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2007/178/CFSP of 19 March 2007 – Russian Federation IV.	<p>The objective is to assist the Russian Federation in destroying some of its chemical weapons, towards fulfillment of Russia's obligations under the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and use of Chemical Weapons and on their Destruction. This Joint Action supported the completion of the electricity supply infrastructure at Shchuch'ye chemical weapon destruction facility, in order to provide a reliable power supply for the operation of the chemical weapon destruction facility.</p> <p><u>Implementing entity:</u> The Ministry of Defence of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland</p>	<p>Budget: EUR 3.145.000 Official Journal: L81 – 22.03.2007 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2006/418/CFSP of 12 June 2006 – IAEA III.	<p>The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) Legislative and Regulatory Assistance; (b) Strengthening the Security and Control of Nuclear and other Radioactive Materials; (c) Strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking. <p><u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency</p>	<p>Budget: EUR 6.995.000 Official Journal: L165 – 17.06.2006. Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2006/419/CFSP of 12 June 2006 – UNSCR 1540.	<p>The action aimed at addressing three aspects of the implementation</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) awareness-raising of requirements and obligations under the Resolution, (b) contributing to strengthening national capacities in three target regions (Africa, Latin America and Caribbean, Asia-Pacific) in drafting national reports on the implementation of UNSC Resolution 1540 (2004) and (c) sharing experience from the adoption of national measures required for the implementation of the Resolution. <p><u>Implementing entity:</u> United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA).</p>	<p>Budget: EUR 195.000 Official Journal: L165 – 17.06.2006. Estimated duration of the action: 22 months. Implemented.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2006/243/CFSP of 20 March 2006 – CTBTO I.	The objective is to improve the capacity of CTBT Signatory States to fulfil their verification responsibilities under the CTBT and to enable them to fully benefit from participation in the treaty regime by a computer-based training/self-study. <u>Implementing entity:</u> The CTBTO Preparatory Commission.	Budget: EUR 1.133.000 Official Journal: L88 – 25.03.2006 Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.
Council Joint Action 2006/184/CFSP of 27 February 2006 – BTWC	Overall objective: to support the universalization of the BTWC and, in particular, to promote the accession to the BTWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the BTWC by the States Parties. (a) promotion of the universality of the BTWC; (b) support for implementation of the BTWC by the States Parties. <u>Implementing entity:</u> The Graduate Institute of International Studies, Geneva.	Budget: EUR 867.000 Official Journal: L65 – 07.03.2006 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.
Council Joint Action 2005/913/CFSP of 12 December 2005 – OPCW II.	The objective is to support the universalisation of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties. (a) promotion of universality of the CWC; (b) support for implementation of the CWC by the States Parties; (c) international cooperation in the field of chemical activities. <u>Implementing entity:</u> The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons.	Budget: EUR 1.697.000 Official Journal: L331 – 17.12.2005 Estimated duration of the action: 12 months. Implemented.

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2005/574/CFSP of 18 July 2005 – IAEA II.	<p>The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) strengthening the Physical Protection of Nuclear Materials and other Radioactive Materials in Use, Storage and Transport and of Nuclear Facilities; (b) strengthening of Security of Radioactive Materials in Non-Nuclear Applications; (c) strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking; (d) legislative assistance for the implementation of States' Obligations under IAEA safeguards agreements and additional protocols. <p>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency.</p>	<p>Budget: EUR 3.914.000 Official Journal: L193 – 23.07.2005 Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2004/797/CFSP of 22 November 2004 – OPCW I.	<p>The objective is to support the universalization of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties.</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) promotion of universality of the CWC; (b) support for implementation of the CWC by the States Parties; (c) international cooperation in the field of chemical activities. <p>Implementing entity: The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons.</p>	<p>Budget: EUR 1.841.000 Official Journal: L349 – 25.11.2004 Estimated duration of the action: 12 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2004/796/CFSP of 22 November 2004 – Russian Federation III.	<p>The objective is to contribute to reinforcing the physical protection of nuclear sites in Russia, so as to reduce the risk of theft of nuclear fissile material and of sabotage by improving the physical protection for fissile materials at the Bochvar Institute in Moscow (VNIINM) of the Russian Federal Agency for Atomic Energy FAIAE (formerly MINATOM).</p> <p>Implementing entity: The Federal Republic of Germany.</p>	<p>Budget: EUR 7.730.000 Official Journal: L349 – 25.11.2004 Estimated duration of the action: 36 months. Implemented.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2004/495/CFSP of 17 May 2004 – IAEA I.	<p>The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) Strengthening the Physical Protection of Nuclear Materials and other Radioactive Materials in Use, Storage and Transport and of Nuclear Facilities; (b) Strengthening of Security of Radioactive Materials in Non-Nuclear Applications; (c) Strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking. <p><u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency.</p>	<p>Budget: EUR 3.329.000 Official Journal: L182 – 19.05.2004 Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2003/472/CFSP of 24 June 2003 – Russian Federation II.	<p>This Joint Action aims at financing a unit of experts under the cooperation programme for non-proliferation and disarmament in the Russian Federation.</p> <p><u>Implementing entity:</u> The Russian Federation.</p>	<p>Budget: EUR 680.000 Official Journal: L157 – 26.06.2003 Expired on the date of expiry of EU Common Strategy 1999/414/CFSP on Russia. Implemented.</p>
Council Joint Action 1999/878/CFSP of 17 December 1999 - Russian Federation I.	<p>The project contributed to:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) a chemical weapons pilot destruction plant situated in Gorny, Saratov region, Russia; (b) a set studies and experimental studies on plutonium transport, storage and disposition. <p><u>Implementing entity:</u> The Russian Federation.</p>	<p>Budget: EUR 8.900.000 Official Journal: L331 – 23.12.1999 Estimated duration of the action: 48 months. Implemented.</p>

ANLAGE II

ANNEX TO THE SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT
OVERVIEW OF INSTRUMENT FOR STABILITY, PRIORITY 1
**"RISK MITIGATION AND PREPAREDNESS RELATING TO CHEMICAL, BIOLOGICAL,
RADIOLOGICAL AND NUCLEAR MATERIALS OR AGENTS"**

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
n.a.	Retraining former weapon scientists and engineers through support for International Science and Technology Centre (ISTC, Moscow) and Science and Technology Centre (STCU, Kiev).	The main objective of the Centres is to redirect scientists/engineers' talents to civilian and peaceful activities through science and technological cooperation.	ISTC/STCU	EUR 235 million	TACIS 1997-2006 IFS 2007 EUR 15 million EUR 8 million EUR 7.5 million EUR 5.0 million EUR 4.5 million EUR 4.0 million 2008 2009 2010 2011 2012

AAP 2007 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2008/145-156	Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in FSU countries (Russian Federation, Ukraine, Armenia, Moldova, Georgia, Azerbaijan and Belarus).	The purpose of the action is to supply equipment for detection of NRM at border check points as it was identified in the previous phase of the activity financed by TACIS Nuclear Safety programme, contributing thus to reduce nuclear and radiation terrorism threat.	JRC	EUR 5 million	11/07/2008 – 12/04/2013
IFS/2008/145-130	Assistance in export control of dual-use goods.	The specific objective is to support the development of the legal framework and institutional capacities for the establishment and enforcement of effective export controls on dual-use items, including measures for regional cooperation with a view of contributing to the fight against the proliferation of WMD and related materials, equipment and technologies.	BAFA (D)	~ EUR 5 million	19/03/2008 – 31/12/2010
IFS/2008/145-132	Knowledge Management System on CBRN Trafficking.	The overall objective of the activity is to improve capabilities of participating states, neighbouring countries of the EU in South-East Europe and possibly Caucasus, to combat the illicit trafficking and criminal use of CBRN materials (preparation phase to "EU CBRN Centres of Excellence").	UNICRI	EUR 1 million	31/01/2008 – 01/08/2010

AAP2008 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2009/200-523	Knowledge management system on CBRN trafficking in North Africa and selected countries in the Middle East.	The aim of the project would be to develop a durable co-operation legacy in the area of trafficking of CBRN materials (preparation phase to "EU CBRN Centres of Excellence").	UNICRI	EUR 1 million	16/03/2009 – 15/07/2011
IFS/2009/217-540	Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in Central Asian countries.	The project will address shortcomings in the safety/security practices of key biological facilities in selected countries of Central Asia. The main objectives of the project are to raise the skills of the personnel working at facilities (laboratories) handling dangerous biological agents or supervising those facilities, and to provide additional equipment, as needed, to ensure an adequate level of bio-safety and security.	ISTC	EUR 6.8 million	21/09/2009 – 21/09/2014
IFS/2009/219-636	Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in selected FSU and Mediterranean Basin countries and preparation of border management activities in the ASEAN region.	The overall objective of this project is to reduce the threat of nuclear and radiation terrorism. For this purpose the assistance will be provided to the partner countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of nuclear and radioactive materials (NRM) illicit trafficking.	JRC	EUR 6.7 million	2/12/2009 – 1/12/2014

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2009/216-327	Awareness raising of exporters export Control of dual-use goods.	The overall objective of the project is to enhance the effectiveness of export control of dual use items in the Russian Federation, with a view to contribute to the fight against the proliferation of WMD. The specific objectives will be achieved through information exchange with EU exporters, support industry and researchers for awareness raising, organisation of seminars for exporters in the regions of the Russian Federation.	Russian independent non-profit organisation for professional advancement "Export Control Training Centre".	EUR 1 million	1/09/2009 – 1/03/2011

AAP2009 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2010/239-471 (UNICRI main) – IFS/2010/239-481 (JRC main) – IFS/2010/253-483 and IFS/2010/253-485 (pilot projects JRC and Univ. Milan) / IFS/2010/250-984 (UNICRI establishment of 2 Secretariats).	CBRN Centre of Excellence – First Phase.	To set up a mechanism contributing to strengthen the long-term national and regional capabilities of responsible authorities and to develop a durable cooperation legacy in the fight against the CBRN threat.	UNICRI / JRC main contracts / 2 pilot projects in South East Asia / first step (2 Secretariats in Caucasus and South East Asia).	EUR 5 million	May 2010 – May 2012
IFS/2010/235-364	Border monitoring activities in the Republic of Georgia, Central Asia and Afghanistan.	To enhance the detection of radioactive and nuclear materials at identified borders crossing and/or nodal points in the Republic of Georgia, at Southern borders of selected Central Asian countries with Afghanistan and at the airport of Kabul.	JRC	EUR 4 million	4/05/2010 – 4/05/2013
IFS/2010/238-194	EpiSouth: a network for the control of health and security threats and other bio-security risks in the Mediterranean Region and South-East Europe.	To increase through capacity building the bio security in the Mediterranean region and South-East Europe (10 EU + 17 non EU countries).	Istituto Superiore di Sanità, Rome (Italy).	EUR 3 million	15/10/2010 – 15/04/2013

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2010/247-264 (service) IFS/2010/248-064 + IFS/2010/258-635 (supply)	Redirection of former Iraqi WMD scientists through capacity building for decommissioning of nuclear facilities, including site and radioactive waste management.	To assist Iraq with redirection of scientists and engineers possessing WMD-related skills and dual-use knowledge through their engagement in a comprehensive decommissioning, dismantling and decontamination of nuclear facilities.	UNIVERSITA DEGLI STUDI DELL'INSUBRIA – A (service) – CANBERRA + NNL (supplies)	EUR 2.5 million (1.5 M for service + 1.5 M for supplies)	AUG 2010 – AUG 2013
IFS/2010/253-484	Knowledge Management System on CBRN risk mitigation – Evolving towards CoE "Mediterranean Basin".	To integrate the existing Knowledge Management Systems, namely for South East Europe and for North Africa, and to prepare the evolution towards a Centre of Excellence in the Mediterranean Basin dealing with CBRN risk mitigation (preparation phase to "EU CBRN Centres of Excellence").	UNICRI	EUR 0.5 million	25/11/2010 – 30/04/2012
IFS/2010/254-942	Bio-safety and bio-security improvement at the Ukrainian anti-plague station (UAPS) in Simferopol.	To contribute to full implementation of the BTWC (Biological and Toxin Weapons Convention) in Ukraine, which includes the prevention of illicit access to pathogens by terrorists and other criminals.	STCU	EUR 4 million	22/11/2010 – 21/08/2014
IFS/2010/256-885	Assistance in export control of dual-use goods.	Continuation of the on-going activities in this field in the already covered countries, with possible extension to other regions/countries.	BAFA (D)	EUR 5 million	21/12/2010 – 01/07/2013

AAP2010 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
<u>IFS/2011/263-555</u> (set-up) <u>IFS/2011/273-506</u> (actions)	CBRN Centres of Excellence – Second phase.	Set-up of three to four new Centres in the Middle East and, possibly, Gulf region, Mediterranean Basin, Central Asia and Southern Africa and extension of the projects in South East Asia and in Ukraine / South Caucasus and implementation of thematic projects in all project areas of priority 1.	UNICRI	EUR 4.5 million EUR 16.3 million	23/08/2011 – 28/02/2013
<u>IFS/2011/273-571</u>	Enhancing the capability of the IAEA Safeguards Analytical Service (ECAS) – EU contribution to the new Nuclear Material Laboratory (NML).	To ensure that the IAEA has a strong independent analytical capability for safeguards in the decades to come by means of expansion and modernisation of the IAEA Safeguards Analytical Services.	IAEA	EUR 5 million	30/11/2011 – 30/11/2015
<u>IFS/2011/272-372</u> (service) and <u>IFS/2011/272-424</u> (supplies)	Establishment of Mobile Laboratories for Pathogens up to Risk Group 4 in combination with CBRN Capacity Building in Sub-Saharan Africa.	Implementation of two units of mobile labs to be used to perform diagnosis of up to group 4 infectious agents in sub-Saharan Africa and one “stand-by” unit based in EU for training purposes and to be deployed in other countries outside EU where these agents are endemic or outbreaks occur.	BERNHARD-NOCHT-INSTITUT FÜR TROPENMEDIZIN (service) – supply under evaluation.	EUR 3.5 million	15/12/2011 – 14/12/2015
<u>IFS/2011/273-572</u>	Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in South Caucasus and in Central Asian Countries.	To raise the capabilities of State organisations in target countries responsible for bio-safety and bio-security in a way that will result in a substantial improvement of the countries’ bio-safety/security situations.	UNICRI	EUR 5 million	01/01/2012 – 31/12/2015

AAP2011 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
<u>IFS/2011/278-349</u>	Multilateral Nuclear Assurances - EU contribution to the Low Enriched Uranium bank under the supervision of the International Atomic Energy Agency (IAEA).	The IfS contribution (EUR 20 million) will be dedicated to the purchase of a quantity of Low Enriched Uranium.	IAEA	EUR 20 million	30/11/2011 – 30/11/2013
---	Chemical, biological, radiological and nuclear (CBRN) Centres of Excellence – Third Phase.	(1) to extend existing activities (management contracts with JRC and UNICRI) till the end of 2014 with the aim of improving national CBRN policies and defining comprehensive tailored assistance packages, in a coherent and effective combination of national and regional dimensions [EUR5.5 million], (2) to improve national CBRN policies through the implementation of concrete actions in the areas of export control of dual-use goods, illicit trafficking of CBRN materials, bio-safety and bio-security, scientists' engagement [EUR9.2 million] including governance.		EUR 14.7 million	To be signed in 2012.
---	Border monitoring activities in the Democratic Republic of the Congo, Russian Federation, Ukraine and South East Asia.	To counteract nuclear and radiation terrorism threat. For this purposes the assistance should be provided to the identified countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of Nuclear and Radioactive Materials (NRM) illicit trafficking, including training and establishment of an expert network.		EUR 5.8 million	To be signed in 2012.

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
---	Co-operation in export control of dual-use goods.	To strengthen the export control systems of partner countries, with a strong link with the Regional Centres of Excellence activities, by aligning them to the standard of the international export control regimes and treaties and therefore meeting the requirements of the UNSCR 1540 (2004).		EUR 3 million	To be signed in 2012.

AAP2012 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
---	Enhancing the Capability of the International Atomic Energy Agency (IAEA) Safeguards Analytical Service (ECAS) – EU contribution to the new Nuclear Material Laboratory (NML)	To support ECAS in their effort to constructing and outfitting laboratories for the analysis of special and environmental samples according to the latest quality and safety standards, with sample logistics being an integral part of it to ensure that the IAEA has a strong independent analytical capability or safeguards in the decades to come by means of expansion and modernisation of the IAEA Safeguards Analytical Services.	IAEA	EUR 5 million	To be signed in 2012 and 2013.

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
--	Chemical, biological, radiological and nuclear (CBRN) Centres of Excellence - Fourth Phase.	(1) To extend existing activities (management contracts with JRC) till the end of 2014 [€3.5 million], (2) to extend the existing Regional Secretariats managed by UNICRI until the end of 2014 [€3.1 million] and (3) to improve national CBRN policies through the implementation of concrete actions in the areas of export control of dual use goods, illicit trafficking of CBRN materials, bio-safety and bio-security, engagement of scientists [€30.2 million].	JRC UNICRI Consortia (EU MS)	EUR 36.8 million	To be signed in 2012 and 2013.